

Haushaltsrede für den Marktgemeinderat Obergünzburg am 11. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Fraktionssprecher der CSU im Marktgemeinderat Obergünzburg freue ich mich wirklich, über den aufgestellten **Haushaltsplan für das Jahr 2025**. An diesem Haushalt haben wir an zwei Finanzausschusssitzungen mitgewirkt. Zunächst möchte ich meinen Dank an unseren Kämmerer, Christoph Brenner, und unseren Ersten Bürgermeister, Lars Leveringhaus, aussprechen. Ihre engagierte Arbeit und Ihr unermüdlicher Einsatz haben maßgeblich dazu beigetragen, dass wir heute hier stehen und über einen soliden und zukunftsorientierten Haushaltsplan diskutieren können. Danke auch an alle anderen Fraktionen für die konstruktive und gute Zusammenarbeit.

Der Haushaltsplan für 2025 ist geprägt von bedeutenden **Investitionen** in unsere Infrastruktur, insbesondere dem restlichen Umbau des Rathauses, die Budgetierung des Neubaus des Feuerwehrhauses in Willofs und dem Kauf neuer Feuerwehrfahrzeuge. Diese Maßnahmen sind nicht nur notwendig, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, sondern auch, um die Lebensqualität in unserer Gemeinde nachhaltig zu verbessern.

Gemäß der **Kommunalhaushaltsverordnung** haben wir uns bei der Aufstellung des Haushaltsplans an die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gehalten. Wir haben alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft und Ausgaben, die nicht durch dringende öffentliche Zwecke gerechtfertigt sind, unterlassen. Dies ist besonders wichtig, da wir in der heutigen Zeit mit steigenden Kosten und einer unsicheren wirtschaftlichen Lage konfrontiert sind.

Der **Verwaltungshaushalt** für 2025 beläuft sich auf 14.518.300 Euro, was eine Erhöhung von 1.409.600 Euro im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Diese Erhöhung ist vor allem auf die steigenden Personalkosten zurückzuführen, die wir mit 4.290.600 Euro veranschlagt haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die **Schulverbandsumlage**, die sich auf ca. 748.300 Euro erhöht hat. Dies ist zwar bedauerlich, aber notwendig, um die Qualität unserer Schulen aufrechtzuerhalten. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Kinder die bestmögliche Bildung erhalten, und dazu gehört auch eine angemessene finanzielle Unterstützung.

Im Bereich der **Kultur und Heimatpflege** haben wir ebenfalls wichtige Investitionen eingeplant. So werden 7.000 Euro für den Druck des achten Bandes der Obergünzburger Schriftenreihe zur Ortsgeschichte bereitgestellt. Dies ist ein wichtiger Schritt, um unsere Geschichte und Kultur für zukünftige Generationen zu bewahren.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind nicht zu unterschätzen. Der **Schuldenstand** des Marktes Obergünzburg wird voraussichtlich auf 9,278 Millionen Euro steigen. Dennoch ist es uns gelungen, eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden. Dies zeigt, dass wir verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehen und gleichzeitig notwendige Investitionen tätigen.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir als Marktgemeinderat gemeinsam an einem Strang ziehen müssen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Lasst uns weiterhin sparsam und wirtschaftlich handeln, um Obergünzburg und allen dazugehörigen Orten zu einem noch lebenswerteren Ort für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit und empfehle hiermit dem vorgestellten Haushaltsplan 2025 zuzustimmen.

gez. Antonio Multari
CSU-Fraktionssprecher

Haushaltsrede Freie Wähler 2025

Dieses Jahr sieht der Haushalt etwas besser aus, als im letzten Jahr. Es ist wieder möglich eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt zu leisten. Das stimmt uns erst mal vorsichtig optimistisch. Das ist aber nur möglich, weil wir gemeindeeigene Grundstücke verkauft haben. Wobei die Vorausschau in die Folgejahre weiterhin sehr angespannt bleibt.

Die hohen Ausgaben im Verwaltungshaushalt von 11.260 Mio.€ belasten uns natürlich sehr.

Diese beinhalten allein 4.290.600 € Personalkosten. Das sind zwar 200.000 € weniger als im letzten Jahr. Das kommt aber nur daher, dass wir keine Stellen nachbesetzt haben.

Die hohe Kreisumlage von 3.811.361 € erschließt sich aus der Erhöhung des Hebesatzes um 4 Punkte.

Leicht optimistisch stimmt uns, dass wir mit 2.500.000 € Gewerbesteuer rechnen können.

Auch die Schlüsselzuweisungen von 2,29 Mio. € tun uns sehr gut, obwohl das nach wie vor heißt, dass der Markt Obergünzburg in einer mangelhaften finanziellen Lage ist.

Die Einkommenssteuer wird sich vermutlich auf 4,6 Mio. € belaufen.

Der Vermögenshaushalt reduziert sich um 1,354 Mio. € auf 3.722.500 €. Von den Allgemeinen Rücklagen von 600.000 € ist eine Entnahme von 450.000 € geplant. Schön ist, dass bei einer Investitionssumme von 3,21 Mio. € keine Nettoneuverschuldung im Jahr 2025 geplant ist.

Wir werden uns weiterhin darum bemühen müssen, wie wir in Zukunft weitermachen. Große Investitionen werden die Abwasserbeseitigung in Ebersbach, Hochbehälter Obergünzburg, Feuerwehrhaus in Willofs und der Hochwasserschutz in

Obergünzburg sein. Maßnahmen, die wir schon lange planen und nicht schieben können. Bei der Renovierung des Rathauses tun wir gut daran, die Baukosten auf zwei Haushaltsjahre zu verteilen. Trotzdem müssen wir die diese genau im Blick behalten.

Luxus können wir uns nicht leisten!!

Bei kommunalen Pflichtaufgaben haben wir das Verständnis der Bevölkerung. Nicht aber bei repräsentativen Ausgaben. Egal in was wir dieses Jahr investieren, es muss immer bedacht werden:

So viel wie nötig, aber so wenig wie möglich.

Wir, die Fraktion der Freien Wähler, bedanken uns bei Christoph Brenner mit seinem Team und empfehlen dem Marktgemeinderat den Haushalt 2025 zu beschließen, bittet aber auch dieses Jahr wieder, die Bedenken der einzelnen Ratsmitglieder ernst, und andere Lösungsverschlüsse anzunehmen.

Stellungnahme zum Haushalt des Markt Obergünzburg

Dr. Günter Räder

11.03.2025

Die Zustimmung der Grünen zum Haushalt und zur Finanzplanung ist ein heikles Thema, jedenfalls auf Bundesebene. Der Haushalt muss in Klarheit und Wahrheit die geplanten finanziellen Auswirkungen abbilden. Dazu werde ich später noch kommen.

Der Charme des vorliegenden Haushaltsplanes erschließt sich nicht auf dem ersten Blick. Wir haben in einigen Besprechungsrunden, nicht nur im Finanzausschuss, das vorliegende Zahlenwerk neu geprägt.

Eine unserer Haupteinnahmequellen, die Grundsteuer, wurde durch Bund und Land heftiger verändert, als durch unseren Beschluss die Hebesätze zu senken. Das bringt uns sehr stetig 220.000 € Mehreinnahmen pro Jahr.

Die notwendigen Sparrunden wurden schon von der Verwaltung angeregt und von der Vorbereitungsrunde zur Gemeinderatssitzung in den Finanzausschuss eingespeist. Dadurch haben wir eine erhebliche Verbesserung erreicht. Im Bereich der laufenden Geschäftstätigkeit, im Verwaltungshaushalt wird ein Überschuss erzielt. Wir können 655.000 € vom Verwaltungshaushalt dem Vermögenshaushalt zuführen.

Ein Fortschritt gegenüber der Finanzplanung des letzten Jahres. Wir erreichen die Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt.

Das hat vor mir schon Bürgermeister Leveringhaus genannt. So erreichen wir wenigstens die Pflichtzuführung.

Das klingt immer so blutleer, aber es heißt nichts anderes, dass wir aus der laufenden Tätigkeit so viel Überschuss erwirtschaften, dass wir die Kredite für unsere Investitionen tilgen können.

Auch wenn jetzt noch kein Anlass für Jubel besteht, aber nach diesen notwendigen Überschuss sah es in der Finanzplanung letztes Jahr noch nicht aus.

Erreicht haben wir das Ganze durch eine harte Sparrunde bei den Personalstellen. 2,5 Stellen weniger schaffen so viel Luft, dass es einfacher geht diesen Überschuss zu realisieren. Sozial verträglich wurden die Stellen abgebaut, weil auf eine Neubesetzung von freien Stellen verzichtet wurde.

Wir sind da nicht am Ende der Diskussion angelangt. Die Worte Effizienz und Verwaltung wurden im Finanzausschuss schon auf den Tisch gelegt. Wenn ich den Zahlungsweg bei Behördengängen im Haus sehen, dann müssen Alternativen möglich sein. Das Erstellen von handgeschriebenen Zahlungsaufforderungen mit anschließendem Begleichen der Rechnung mit Bargeld ist nicht der neuste Stand der Technik im 21. Jahrhundert. Vielleicht sollten wir eine externe Begutachtung unserer Verwaltungsvorgänge vornehmen lassen. Der Gutachter muss ja nicht unbedingt Elon Musk sein. Ich kann nur von unserer Seite her versprechen: Die Motorsäge bleibt im Auto, auch wenn sie bei Grünen akkubetrieben ist.

Ich erwarte aus der Verwaltung selbst Vorschläge zu diesen Fragestellungen zur Effizienz bei Verwaltungsvorgängen. Und wie gesagt: eine Begutachtung von außen sollten wir uns einmal durch den Kopf gehen lassen.

Über den Vermögenshaushalt bilden wir die Investitionen ab. Nachdem die Rechtsaufsicht die Investitionen, mit in ihre Betrachtung einbezieht, die wir durch den Kommunalbetrieb machen, möchte ich an dieser Stelle ebenfalls mit auf die Investitionen des Kommunalbetriebes eingehen.

Wir erleben als Kommune eine Konsequenz des Klimawandels, auf die wir reagieren müssen. Das ist die Veränderung der Niederschläge und der damit einhergehende temporäre Wasseranfall. Während wir in der Vergangenheit einiges richtig gemacht haben, ist das keine Garantie, dass wir auch für die Zukunft richtig aufgestellt sind.

Unsere Investitionen im Kommunalbetrieb sind dringend notwendig, das hat uns allein das letzte Jahr gezeigt. Wir brauchen mehr Sicherheit in der Wasserversorgung im Hauptort, von dem her müssen wir mit dem Bau des Hochbehälters beginnen. Jetzt, sofort.

Wir haben in den letzten 60 Tagen 51 Tage in denen keinerlei Niederschlag gefallen ist. Zum Glück ist das auf den Zeitraum gefallen in dem es im Jahr am kältesten war. Der Gesamtniederschlag in den letzten 3 Monaten beträgt ca. 50 % der regelmäßigen Menge und im Winter füllen sich normalerweise die Grundwasservorräte wieder auf. Vorsorge bei der Wasserversorgung ist ein Gebot der Stunde.

Auf der anderen Seite haben die Niederschläge Ende Mai 2024 dazu geführt, dass in Ebersbach die Kläranlage regelrecht durchgespült wurde und die Fäkalien in den unterliegenden Nachbarorten angekommen sind. Das Fremdwasser muss aus diesem Entwässerungssystem heraus. Diese Investition kann auch nicht wieder geschoben werden. Hier haben die Entscheider in den 60er und 70er Jahren Fehler gemacht, die wir jetzt korrigieren müssen.

Ein letztes Thema gibt es dann bei den Investitionen noch. Wir haben mehrmals zum Feuerwehrhaus in Willofs beraten. Es ist Konsens, dass Willofs ein Feuerwehrhaus braucht. Es darf aber nicht diese hohe bisher dargestellte Summe kosten.

Und bei diesem Punkt geht es mir langsam so wie am Anfang dargestellt. Der Haushalt muss Klarheit und Wahrheit abbilden. Uns wird in der nicht öffentlichen Sitzung eine erhebliche Einsparmöglichkeit beim Bau des Feuerwehr durch Modulbauweise genannt. Mit der Verpflichtung jetzt noch nicht öffentlich darüber zu reden. Danach erscheint ein Artikel in der Allgäuer Zeitung in der ganz offen dazu geschrieben wird, dass in Modulbauweise eine andere Kostenstruktur möglich ist. Angeblich wird sowieso alles nur so teuer, weil Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden müssen. Zudem gibt es einen 10 Punkte Plan, den wir wiederum nicht zur Kenntnis bekommen haben. Sind da noch Punkte dabei, die finanzwirksam sind? Dazu kommt: die bayerische Staatsregierung hat die Mittel, die sie jetzt zusätzlich ins Feuerwehrwesen steckt, beim Naturschutz in Bayern weggenommen.

Aus diesem Grund sollte eine Zustimmung von Seiten der Grünen nicht immer gleich als selbstverständlich angenommen werden.

Wie im Finanzausschuss besprochen, stimmen wir dem Haushalt zu. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt ist ausreichend. Eine gewisse Perspektive für die nächsten Jahre ist gegeben. Wir gehen davon aus, dass es auch in den Haushalten der Kommunen zu weitreichenderen Veränderungen im Finanzgefüge kommt.

Ich darf mich bei Euch liebe Kolleginnen und Kollegen bedanken. Die Diskussionen sind zielführend angelegt. Uns geht es immer darum, wie wir das Leben in unserer Gemeinde für unsere Bürgerinnen und Bürger besser gestalten können.

Bedanken beim Kämmerer Christoph Brenner und der Verwaltung für die Vorschläge die Haushaltslage zu verbessern. Und bei Dir lieber Lars für die Sitzungsleitung. Unterschiedliche Meinungen zu den einzelnen Themen machen das Wesen der Demokratie aus. Entscheidungen werden per Mehrheitsbeschluss gefällt, das ist der eine Teil der Demokratie, der andere ist dass die unterlegene Minderheit auch damit leben kann. Oder wie Julian Nida-Rümelin gesagt hat: „Wenn nur die Mehrheit zählt, wäre ein Lynchmord auch demokratisch“